
FDP Hofheim

FDP BEGRÜSST ENDE FÜR DAS PROJEKT „BIOSPHERENREGION MAIN-TAUNUS, WIESBADEN UND RHEINGAU-TAUNUS“

29.06.2020

Die FDP-Fraktionen in den Stadtverordnetenversammlungen in Hofheim, Hochheim und Eppstein begrüßen die Entscheidung des Umweltministeriums, die Pläne einer Biosphärenregion im Main-Taunus-Kreis, Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis nicht weiterzuverfolgen.

Die im vergangenen Jahr veröffentlichte Machbarkeitsstudie zur Verwirklichung eines solchen Projekts hat keinen nennenswerten Mehrwert für die Region erkennen lassen. Es ist bis zum Schluss nicht gelungen, klare Vorteile einer solchen Projekts aufzuzeigen, vielmehr hat sich gezeigt, dass die angestrebten Ziele effizienter in bestehenden Strukturen erreicht werden könnten. Auch sollte im Rahmen dieses Projekts eine neue Verwaltungsebene eingeführt werden, was jedoch zu mehr Bürokratie geführt und eine Gefahr für die Planungsfreiheit der Kommunen bedeutet hätte.

Die Schaffung von Wohnraum und Flächen für ansiedlungswillige Unternehmen wäre in der Biosphärenregion durch die vorgegebene Zonierung (Kernzone, Pflegezone, Entwicklungszone) deutlich eingeschränkt worden, und damit die Erweiterungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Kommunen. Zudem hätten die vorgeschriebenen Kern- und Pflegezonen nicht nur auf Flächen des Landes Hessen realisiert werden können, sondern die teilnehmenden Kommunen hätten eigene Flächen zur Verfügung stellen müssen. Dies hätte im Hinblick auf die ohnehin stark angespannten kommunalen Haushalte eine abermalige Mehrbelastung bedeutet. Auch hätte das Projekt letztendlich erhebliche Einschränkungen für Bauern, Jäger und Winzer bedeutet. Für die Freien Demokraten war von Anfang klar, dass sich ein solches Projekt nicht ohne die Akzeptanz der maßgeblich betroffenen Berufs- und Interessengruppen realisieren lässt.

Überdies hätte ein solches Projekt keinen wirklichen Mehrwert für die Umwelt und das Klima bedeutet. Die notwendige Zonierung mit dem Ziel der Waldstilllegung würde schließlich dazu führen, dass größere Holzbestände nicht mehr für die Vermarktung zur Verfügung stehen und somit das Potential von Holz als CO₂-Speicher (z.B. in Holzprodukten und Bauholz) nicht hinreichend genutzt würde. Letztlich liefe die Zonierung den Zielen des Klimaschutzes entgegen.

„Während die Risiken und Nachteile eines solchen Projekts sehr deutlich erkennbar sind, blieben die Vorteile bis zum Schluss vage. Wir begrüßen deswegen ausdrücklich die Entscheidung des Umweltministeriums, die Pläne nicht weiterzuverfolgen. Uns ist wichtig, dass nun nicht versucht wird, dieses Thema über die Kommunalwahl 2021 zu retten, um so auf andere Mehrheiten in den kommunalen Gremien in der Region zu spekulieren. Die Pläne für eine solches Projekt sollten damit endgültig vom Tisch sein!“, so die Fraktionsvorsitzenden Andreas Kärcher (Hofheim), Constantin Cattepoel (Hochheim) und Marcel Wölflé (Eppstein) abschließend.